

Die andere Sichtweise

Cornelius J. Andreaus

Als ich Anfang der 2000er Jahre für den damaligen Planungsstab unserer Armee tätig war, gab es dort eine Abteilung, die präsentierte gerade mit Stolz eine Studie darüber, was der Männerüberschuss in China mit der Sicherheit für die Schweiz zu tun haben könnte. Dazu gab es Modellrechnungen, Szenarien und gut zwei Dutzend dazu passende PowerPoint-Folien. Die Methodik, die Instrumente, die Frühwarnsysteme, all das war sehr beeindruckend; Information ist eben alles, nicht nur für Militärs.

Ende Dezember 2019 war in einer schüchternen Agenturmeldung in der mehrheitlich noch von Klimawandelszenarien und möglichen Trump Gegenspielern geprägten Presselandschaft zu lesen, dass es in der Region rund um die chinesische Stadt Wuhan „grosse Sorgen wegen einer neuen, hochansteckenden Lungenkrankheit gibt“. Für mich war da sofort klar, dass in jener Abteilung an der Berner Papiermühlestrasse 20 bereits diverse Lampen aufgeleuchtet haben müssten und die Sandkästen für Planungsspiele bereits bereitgestellt sind.

Insbesondere deshalb, weil mit Ebola, SARS oder der Vogelgrippe ja bereits ähnliche Problematiken seit Jahren zeigen, dass gewisse Vorkommnisse keine netten Wohlstandsdiskussionen à la Klima-, Gender-, oder Ernährungsbeiträge mehr sind, sondern effektiv eine ernste und schwere Bedrohung für unser Land darstellen und unserer Gesellschaft wirklich „ans Eingemachte“ gehen können. Bis hin zum Ende des inneren Friedens und einer wirtschaftlichen Verelendung des Gros unserer Gesellschaft.

Doch wer sich diesbezüglich auf die bislang gewohnt-schweizerischen „Smart-Solutions“ verliess, hat weit gefehlt. Sogar als das invasive Virus bereits unsern südlichen Nachbarn überrannt hat, schläft unsere Bundesverwaltung immer noch. Dass man nach so einem Schlaf mit „strubem Chopf“ erwacht und dann völlig plan- und orientierungslos ist, erstaunt nicht wirklich.

Man hat es doch tatsächlich verpasst, die Gegebenheit rechtzeitig zu analysieren, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, um pro-aktiv ein Dispositiv aufzuziehen, welches nicht nur den Schaden an den Personen, sondern auch den wirtschaftlichen Schaden in Grenzen hält.

Aber nichts dergleichen, wie die Lemminge hadern unsere Politiker mitsamt Beamtenstaat den Ereignissen reaktiv hinterher und springen, notfalls mit typischen Politikersätzen (die mit „wir müssen“ beginnen), übers Geländer in den Abgrund.

Partikularinteressen und Folgen

Es kam, wie es kommen muss: Beamte übernehmen das Zepter im Land: Es werden zuerst Massnahmen verhängt und parallel zu diesen Massnahmen en Gros Ausnahmen. Doch bekanntlich wird ja eine Regel zur nutzlosen Ausnahme, wenn die Ausnahmen die Regel bestimmen.

Denn für den Otto Normalverbraucher waren die Widersprüche nicht nachzuvollziehen: Basler Fasnacht sagt man ab, Eishockey-Spiele sagt man ab, aber die Grenzen zu Italien lässt man offen, ebenfalls die Restaurants und wenn man auf die sog. „Risiko-Gruppe“ schaute, so waren es vor allem die Rentner, die gemütlich im ÖV zusammensassen. Von einer sachlichen Analyse und nachvollziehbaren Informationen war/ ist man weit entfernt.

Es verwundert denn auch nicht, dass wir nun nicht nur viele Tote zu beklagen haben, sondern die Gefahr besteht, dass neben dem behördlich verordneten Beinahe-Grounding unserer Wirtschaft Partikularinteressen zu einer unaufhaltbaren Negativspirale führen und die Wirtschaft komplett lahmlegen.

Wenn etwa Mode- oder Blumengeschäfte zwangsgeschlossen werden, sorgt deren Verband dafür, dass auch Migros, Coop und Konsorten keine Unterhosen oder Blumen mehr führen. Was wiederum dazu führt, dass im grossen Stil unglaubliche Werte einfach so vernichtet werden, ohne dass dies in Sachen Bevölkerungsschutz von irgendeinem Vorteil wäre.

Informationspolitik:

Eine Rolle der besonderen Art spielen, wie könnte es auch anders sein, wieder einmal die Journalisten.

Die haben selbstverständlich Hochsaison und können berichten was das Zeug hält. Newsticker nennt sich, wenn plakativer Schlagwort-Boulevard-Journalismus mit einem chronologischen Ablauf untermalt wird. Man kann wunderbar von Kranken und Toten berichten, man kann wunderbar spekulieren und die dazugehörenden Experten schiessen nur so aus dem Boden. Vom Epidemiologen, der Soziologin bis hin zum Zukunftsforscher. Ich frage mich bloss, wo all diese Experten waren, als diese kleine Meldung von der „hochansteckenden Lungenkrankheit in China“ in der Zeitung zu lesen war.... Nun, da es ja nichts Älteres gibt als die Zeitung von gestern, kann man über all die niveaulosen, journalistischen Tiefflieger hinwegsehen.

Was viel mehr zu denken gibt, ist die Informationspolitik des Bundes. Da greift der staatseigene Sender SRF, wie von Zeiten der Energiewende her gewohnt, zu dem wenig koscheren Mittel der Halbwahrheit. Meldungen und Darstellungen, die der Propaganda des Dritten Reiches, der DDR, der Sowjetunion in nichts nachstehen:

Beamtenköpfe werden in einem Personenkult vom Staatssender zu Helden des Landes erklärt, während man Studien mit Angstszenerien mit bis zu 100'000 Toten verbreitet, die es geben könnte, wenn man sich nicht an die Direktiven des Bundes hält.

Nicht nur, dass solche Modellrechnungen aufgrund fehlender Parameter absolut fehl am Platz sind, sie führen nicht nur zu Unsicherheit, sondern auch zu Hamsterkäufen, unnötigen Versorgungsengpässen und nicht zu vergessen: zu Verschwörungstheorien.

Wie etwa jene, dass der Bund solche halbseidenen Studien nur veröffentlicht, um von den eigenen schweren Versäumnissen abzulenken um sich dann als heldenhaft präsentieren zu können, wenn es „nur 1000 Tote“ gegeben hat.

Im Februar 2015, als die Grippeimpfung ihre Wirkung verfehlte, lagen weit über 200'000 Grippekranke mit Fieber im Bett, rund 2500 Menschen überlebten die damalige Grippewelle nicht, wie das übrigens jedes Jahr bei gut 1000 Personen der Fall ist.

Dass die Mortalitätsrate bei Corona bedeutend höher ist als bei der Grippe, speziell bei Menschen, die gesundheitlich bereits angeschlagen sind, ist unbestritten und fordert deshalb auch entsprechende Massnahmen. Wie bei der Grippe stirbt auch bei Corona ein kleiner Prozentsatz an Menschen, die laut Erfahrungswerten die Krankheit eigentlich überleben müssten. Das ist die harte Realität.

Nur hätte der Bund nicht geschlafen, sondern klare Massnahmen zum Schutze der Risikogruppen getroffen, hätten wir heute massiv weniger Tote zu beklagen, wie wir auch niemals so einen grossen wirtschaftlichen Schaden ausstehen müssen.

Wenn Beamte das Zepter übernehmen

Unsere Beamten haben regelrecht Blut geleckt. Das zeigt sich daran, dass auf einmal die Polizei anfängt zu denken und selbständig Regeln erlässt: Obwohl explizit keine Ausgangssperre herrscht, will etwa die Walliser Kantonspolizei verhindern, dass Töfffahrer über die Alpenpässe fahren. „Weil sie da verunfallen könnten und dann in ein Spital eingeliefert werden müssten, wo sie Ressourcen binden...“. Auch andere Polizeikommandos sperren Plätze, Räume, Pässe, wo immer sich die grundsätzlich freien Menschen Luft von ihrem staatlich geforderten Hausarrest verschaffen können.

Dass hier kurzerhand in willkürlicher Art und Weise nach wie vor geltendes Recht ausgehebelt wird und auch die in der Verfassung gegebene Verhältnismässigkeit mit den Füßen getreten wird, scheint egal zu sein.

Vielleicht sollte man diese Institutionen kurz mal daran erinnern, dass Unfälle im Haushalt, der ja auch noch Arbeitsplatz ist, massiv häufiger auftreten als beim Töfffahren und erst recht, wenn das Thema häusliche Gewalt aufkommt. Das gesamtheitliche Denken ist bekannterweise ja nicht grad die Stärke unserer Behörden.

Die Rolle der Armee: Zum einen verkannt, zum andern unfähig

Die Unfähigkeit des Bundes, Sachlagen richtig zu erkennen und richtig zu handeln, zeigt sich auch bei der Armee. Denn:

Grundsätzlich ist ja die Armee das Bevölkerungsschutz-Organ des Bundes und nicht das BAG. Die Armee ist auch so strukturiert, dass sich Behörden von Bund und Kantonen nicht in die Quere kommen, während kantonale Gesundheitsdirektoren eigene Süsschen kochen können, wenn das BAG etwas beschliesst.

Dass die Armee im Moment jedoch einer solchen Aufgabe nur bedingt gewachsen ist, zeigt unsere neue Verteidigungsministerin gleich selbst. In beängstigender Kriegsrhetorik feiert die Dame „die grösste Mobilmachung seit dem 2. Weltkrieg“ ... Mit zunächst angeblich 8000 Mann, die dann später auf 5000 herunterkorrigiert werden, heute spricht man von ungefähr 4700 Soldaten, die grad Dienst leisten. Wieviele davon wirklich einsatzfähig und nicht krank sind, ist nach wie vor ein grosses Geheimnis; unterm Strich dürfte die wirklich einsatzfähige Truppenstärke nicht einmal die Hälfte der zunächst genannten 8000 Mann betragen.

Dass sich Frau Bundesrätin nicht mehr an die Zeiten erinnern kann wo etwa das Geb AK 3 mit über 45'000 beteiligten Wehrmännern Mobilmachungsübungen und Manöver durchführte, mag ihr verziehen werden. Nur, wenn man 8000 Mann nicht mehr so mobilisieren kann, wie das die Armee 61 einst mit 600'000 Mann konnte, dann sollte man innerhalb des VBS diverse Prozesse dringend überarbeiten.

Die VBS-Vorsteherin lobt weiter das Milizsystem der Schweiz. Schaut man genauer hin, so findet man innerhalb des Kaders einer Einheit, abgesehen von Ärzten, kaum noch Miliz-Führungskräfte mit Offiziersgrad. Wie schwach die Armeeführung letztendlich ist, zeigt sich darin, dass das Kader (da Profis) am Wochenende nach Hause geht, während die Soldaten aufgrund von Corona-Massnahmen in den Kasernen bleiben müssen.

Einmal abgesehen davon, dass in Bezug auf die Corona-Massnahmen solcherlei Verhalten in der Sache selbst kontraproduktiv ist, darf man sich fragen, was heutige Offiziere in Sachen Leadership lernen. Die Mannschaft in den Kasernen schwitzen lassen und sich selbst bei Familie & Co. erholen, ist in keinem Falle kriegstauglich, da die Loyalität des Kaders gegenüber der eigenen Truppe nicht gegeben ist.

Aber auch hier zeigt, dass der Fisch vom Kopf her zu stinken anfängt: Die Behörden verlangen von der Bevölkerung Solidarität, zeigen aber dem Volk gegenüber keinerlei Loyalität. Indem die Behörden etwa auf Lohn verzichten, wie das viele Bürger infolge der verfehlten Massnahmen von Seiten des Bundes tun müssen.

Es ist deshalb auf gesamtpolitischer Ebene enorm wichtig, dass die Armee wieder die Unterstützung erhält, die sie verdient.

Die Armee ist nicht nur als eine bewaffnete Truppe in Uniform zu sehen, sondern als ein sehr schnell einsetzbares, hocheffizientes und flexibles Instrument, wenn es darum geht, Gefahren egal welcher Natur rechtzeitig zu erkennen, zu beurteilen und entsprechend handeln zu können. Genau diese Fähigkeiten müssen wir unserer Armee wieder beibringen. Wir hatten in der Schweiz einst eine grossartige Infrastruktur an Armeespitalern, Zivilschutzanlagen etc. Pflügen wir diese wieder, denn die Welt ist nicht sicherer geworden, sondern fragiler.

Hier sind vor allem die Linksparteien gefordert, die Armee nicht nur als Feindbild zu betrachten, sondern als notwendiges Instrument zur Erkennung von Gefahren und zur Wahrung des inneren Frieden und Wohlstandes in der Schweiz.

Gleichzeitig ist es von enormer Wichtigkeit, die Armee so aufzustellen, dass sie diese Aufgaben auch wahrnehmen kann. Nach 30 Jahren vergeblichen Reformversuchen ist es endlich an der Zeit, diese Armee endlich wieder so einsatzbereit zu machen, dass sie der Bevölkerung den notwendigen Schutz bieten kann.

Wirtschaftliche Verhältnismässigkeit

Das vom Bund mitverantwortete Corona Desaster dürfte volkswirtschaftlich in etwa einen Schaden von 80-100 Milliarden CHF verursachen.

Rein monetär gerechnet wären das bei erwarteten 1000-2000 Todesopfern rund 40-100 Mio. CHF pro Todesopfer. Das steht den rund 20'000-30'000 CHF, die Bund und Bundesbetriebe bei einem tödlichen Unfall den Angehörigen als Genugtuung ausbezahlen, in keinem Verhältnis gegenüber.

Insofern sind Mechanismen und Frühwarnsysteme von grosser Notwendigkeit, wie auch das Durchspielen von Szenarien unter Einbezug der Wirtschaft.

Die brennende Frage:

So fragt sich der Normalbürger mittlerweile zurecht: Wenn der Bund bei Früherkennung, Präventionsmassnahmen und Information bei einem vergleichsweise harmlosen Virus völlig versagt und die Lage nicht im Griff hat, was passiert, wenn wirklich etwas Schlimmes kommt? Ebola etwa oder weiter mutierte Viren? Wo alle betroffen sind, nicht nur eine vergleichsweise geringe Risikogruppe?

Womit wir wieder am Anfang dieses Textes sind: Bern hat nicht nur trotz diverser Vorwarnungen dekadent tief und fest geschlafen, sondern zeigt im Umgang mit der Situation unehrliche Tendenzen und Machenschaften auf, die zu schweren Bedenken Anlass geben.

Es gilt jetzt vorallem die Lehren daraus zu ziehen.

Dabei sollte folgende Prämisse gelten: Sämtliche Politiker haben auf unsere Verfassung den Eid abgelegt. Das heisst nichts anderes, als dass das Wohlergehen der Schweiz im Mittelpunkt stehen muss und nicht irgendein parteipolitisches Programm und/oder ideologische Weltanschauungen.

Erkenntnisse:

Man der Sache etwas Positives abgewinnen. Es besteht die Möglichkeit daraus zu lernen. Da muss die Politik in die Pflicht genommen werden, denn es ist wichtig, dass die Bundesverwaltung endlich aus den Erfahrungen von SARS, Ebola, Vogelgrippe, Corona, aber auch von den Blockaden von medizinischen Gütern, dem Bedürfnis der Bevölkerung etc. das Richtige lernt und die Konsequenzen zieht.

Diese Konsequenzen fangen beim Überdenken der Pflichtlager an und hören bei der in Frage zustellenden Zuwanderung und der Siedlungspolitik längst noch nicht auf:

1. Wirtschaft:

Es ist von äusserster Wichtigkeit, dass man die freie Marktwirtschaft und den globalen Handel beibehält.

Gerade als Schweiz zu meinen, man müsse jetzt mittels Subventionen eine staatlich kontrollierte Eigenindustrie / Versorgungsindustrie aufgleisen wie man dies bereits in der Landwirtschaft tut, ist fehl am Platz und nicht überlebensfähig.

Auch wenn Subventionen eine äusserst süsse Verführung sind: Das führt zu mittelfristig Milliardenverlusten, ist volkswirtschaftlich nicht nachhaltig und würde direkt vom Regen in die Traufe führen.

Die Schweiz ist auf Importe wie auf Exporte angewiesen, also auf genau jenen freien Handel, den man mittels einer stark subventionierten Eigenindustrie unterbinden würde. Freier Handel stärkt auch unsere Firmen.

Insofern muss von der Schweiz ganz klar Wert darauf gelegt werden, möglichst frei von Subventionen handeln zu können.

2. Zurückfahren der Staatsquote

Die Verwaltung muss massiv zurückgefahren werden. So kann sich der Bund wieder auf die wirklich wichtigen Aufgaben konzentrieren und den Rest den bereits vorhandenen Parallelstrukturen in den Kantonen überlassen.

Wenn Alt-Bundesrätin Doris Leuthard 32 Stellen neu besetzt, obwohl ihre Vignetten-Vorlage beim Volk gescheitert ist und ihre Nachfolgerin Sommaruga nochmals neue Stellen geltend macht, weil 50km Autobahn von 4 auf 6 Spuren ausgebaut werden, dann stellt der Steuerzahler sich schon diverse Fragen. Braucht der Bund für die Verwaltung eines Ausbaus schon fast mehr Personal, als die ausführenden Bauunternehmer?

Es würde gut tun, wenn man im Rahmen eines Neustarts den Bund einmal klar durchleuchten würde und den Personalbestand auf 30% des heutigen Bestandes herunterfahren würde. Gerade beim UVEK dürfte es grosses Sparpotential geben.

3. Ausbildung

Seit über 40 Jahren weiss man, dass es hierzulande zu wenige Ärzte und Pflegepersonal gibt. Doch was macht man? Man installiert einen Numerus Clausus für die medizinischen Fakultäten. Man könne ja die vom Ausland kostspielig ausgebildeten Ärzte „billig importieren“. Klar, eine medizinische Fakultät auf- und auszubauen kostet ein Vielfaches an Geld, verglichen mit der juristischen Fakultät, wo es ausser ein paar Datenträgern so gut wie keine Infrastruktur braucht.

Aber eine medizinische Fakultät, schafft im Gegensatz zum Gros der Juristen einen grossen volkswirtschaftlichen Mehrwert!

Human Resources ist auch beim Bund ein grosses Thema, wo ein Gros Geld verpulvert wird. Wir haben sogar ein Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation. Doch man darf sich ruhig fragen, was die dort genau machen, wenn bei der aktuellen demographischen Entwicklung der Schweiz niemand auf die Idee kommt, dass es vielleicht angesagt wäre das notwendige medizinische Personal im eigenen Land auszubilden. Hier braucht es keinen beamtischen Zwangsvorschriften, sondern, wie man das bei all den HR-Lehrgängen bestens lernen kann, ein frühzeitiges Abholen und Interessebildung von möglichen Kandidaten bereits im Kindesalter.

Viele Firmen und Institutionen haben das im Bereich der Ingenieurwissenschaften bereits längst erkannt, die Gesundheitsbehörden scheinbar nicht.

Mit einem Bruchteil der 100 Milliarden an Steuergeldern, die man nun bei Corona in den wirtschaftlichen Sand setzt, hätte man locker die notwendige Bildungsinfrastruktur dafür schaffen können und das Interesse daran bereits im Kindesalter wecken können.

4. Infrastruktur

Wenn der Streamingdienst Netflix sein Geschäft zurückfahren muss, um notwendige Kapazitäten für Home-Office zu schaffen, dann heisst das, dass die Infrastruktur im Lande ungenügend ist. Verstopfte Strassen, Autobahnen, deren Ausbau von 28km fast 35 Jahre dauern. Server die abliegen und so ganze Ortschaften vom Notrufnetz abschneiden. Das analoge Telefon funktionierte damals auch bei Stromausfällen, das digitale funktioniert ohne Strom nicht. Und: Der Bund hat keine Lösung dafür. Noch schlimmer ist: Dem Bund ist das sogar egal. „Manövriermasse, die Pech gehabt hat, dort zu wohnen, wo sie wohnt“.

Auch hier drängt sich eine grundsätzliche Restrukturierung des UVEK und deren Bundesämter BAKOM und BFE auf.

Die reiche Schweiz hat ein Infrastrukturproblem, grösser als ein Entwicklungsland der 3. Welt. Lasst Euch das mal auf der Zunge zergehen und überlegt, wo man die Bundesmittel einsetzen sollte: In eh nicht erfüllbare Klimaziele oder in eine konkurrenzfähige Infrastruktur.

Achja: Berührungsfreie Toiletten gibt es in jedem 3. Welt Land...nur nicht an den Schweizer Flughäfen und in Schweizer Supermärkten, Bahnhöfen oder Raststätten: Da darf man tatsächlich nach dem Händewaschen nochmals eine Türfalle in die Hand nehmen....

5. Versorgung im Krisenfall:

Die Schweiz hatte damals aus dem 2. Weltkrieg gelernt und die Rahmenbedingungen für eine Versorgung im Krisenfall geschaffen. Mit Staatsverträgen wurden Korridore geschaffen, mit denen die Schweiz benötigte Güter von den Häfen Ravenna, Genua, Marseille, Rotterdam, Antwerpen und Hamburg ins Land bringen kann.

Eine Pflichtlager-Bewirtschaftung wurde ins Leben gerufen. Die damalige weltpolitische Lage empfahl ganz klar ein auf militärische Auseinandersetzungen zwischen Nato und Warschauer Pakt ausgerichtete Versorgung.

Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde auch die Armee heruntergefahren und im Zeichen der Schönwetterpolitik auch die angeblich zu teure Pflichtlagerhaltung. Vom Terrorismus abgesehen, bei denen sich die Schweiz ja nicht als primäres Ziel sah, war alles kein Problem, die Schweiz sei gut versorgt.

Trotz SARS, Vogelgrippe, Ebola etc. und diversen vorwarnenden Anzeichen hat man solche Bedrohungen wie das Corona Virus nicht erkannt und wurde knallhart überrannt, ohne sich wehren zu können. Militärisch gesehen vergleichbar mit dem Westfeldzug 1940, bei welchem die vermeintlich überlegenen Truppen Frankreichs von den Deutschen nahezu mühelos überrannt wurden.

Die Schweiz tut gut daran, endlich die aktuelle Lage zu analysieren und die Vorsorgemassnahmen so aufzustellen, dass sie allen Bedrohungsszenarien schnell und flexibel angepasst werden können und dem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Dabei müssen auch Fähigkeiten gebildet und erhalten werden, die im Krisenfall notwendig, aber nicht eingekauft werden können. Aus aktueller Sicht etwa Pflegepersonal, Impfstoff-Herstellung, Schutzmaterial, etc.

6. Switzerland first: Umgang mit den Nachbarstaaten

Trotz Staatsvertrag von 1948 hält Deutschland Container mit medizinischen Hilfsgütern für die Schweiz zurück. Das ist nicht nur Diebstahl fremden Eigentums gepaart mit grobfahrlässiger Körperverletzung, sondern bereits als völkerrechtswidriger kriegerischer Akt gegen die Souveränität der Schweiz zu taxieren und letztendlich schlichtweg ein Kriegsverbrechen. Hilfsgüter blockieren, das geht ganz einfach nicht.

Frankreich wiederum erpresst die Schweiz den Bilateralen Verträgen widersprechend, Patienten aus dem Elsass zu übernehmen, ansonsten man das in der Schweiz tätige medizinische Personal nicht mehr in die Schweiz ausreisen lassen würde. Vom Bund propagandistisch als „humanitärer Akt der Schweiz“ bezeichnet, der wahre Hintergrund ist jedoch nicht mehr so human, sondern knallhartes Business.

Sowieso scheint die Schweizer Regierung gerne den Nachbarstaaten Geschenke zu machen, die schwer zu Lasten der Schweizer Wirtschaft gehen. Aber als Politiker steht man im Kreise der erlauchten Europapolitiker natürlich dann besser da, wenn man dem eigenen Volk in den Hintern tritt als wenn man gegenüber dem Ausland unbequem ist.

So hat die Schweiz es unter Doris Leuthard klar verpasst, im Rahmen der WTO gegen Deutschlands stark subventionierte Energiepolitik vorzugehen. Mit dem Resultat, dass man hierzulande nicht nur mehrere Milliarden an Volksvermögen in den Sand setzte, nein, man baut gleichfalls eine Milliardenenteure Subventionsindustrie auf, die letztendlich wirtschaftlich scheitern wird.

Die Schweiz muss wieder vermehrt die eigenen Interessen wahren. Was nicht heisst, dass man den Austausch vermeiden soll. Aber man darf ruhig im eigenen Interesse unbequem sein. Wie es bei so Überlebenstrainings ist: *nett* sein ist gut, *fit* sein ist besser.

Rückkehr zur Normalität: Wirtschaft muss Bund ein Ultimatum stellen:

Auch der Bund liebäugelt schon mit einer sogenannten „Exit-Strategie“. Doch auf gar keinen Fall dürfen unsere Wirtschaftsverbände dem Bund den Lead aus der Corona-Krise überlassen.

Denn damit würde derjenige, der durch klare Versäumnisse seiner Aufgaben und durch Unfähigkeit die Wirtschaft zum Erliegen gebracht hat, damit beauftragt, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Man kann ja auch den Bock zu Gärtner machen.

Die Wirtschaft muss dem Bund ein Ultimatum stellen (19. April 2020, wenn möglich früher), bis dahin hat der Bund entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Wie etwa die Besorgung von Impfstoffen, Schutzmasken etc., so dass die Läden in sinnvoller Art und Weise wieder öffnen können und die Leute wieder zur Arbeit fahren können. Hier müssen die Wirtschaftsverbände klar zusammenstehen.

Die Versorgung so zu organisieren, dass Risiko-Personen gut versorgt werden können, ohne dass die Wirtschaft grosse Einbussen erleidet.

Abschliessend:

Grundsätzlich liegt es in der Natur, dass Krisen Blasen platzen lassen. Wie die Redwoods in Kalifornien in ihrer schieren Grösse nicht nur verhindern, dass ihre eigenen Nachkommen gedeihen können oder eine Diversifizierung stattfinden kann, nein, sie brauchen regelrecht Feuer und Zerstörung, wenn Neues entstehen soll. Wirtschaftliche Krisen sind, so schlimm es tönt, nicht nur logisch, sondern also auch wichtig und richtig. So hat auch die Corona Krise etwas Bereinigendes an sich.

Die Schweiz wird diese schwere Zeit überstehen, sogar besser überstehen als andere und kann trotz all der Schicksalsschläge in menschlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen.

Voraussetzung dafür ist jedoch, dass man lernt, rechtzeitig Gefahren zu erkennen und zu analysieren und sachlich zu handeln.

Es ist dabei klar zu begründen, was man macht und warum man was macht. Diese sachliche Fähigkeit ist uns abhandengekommen und wurde durch eine rein ideologisch geprägte Politlandschaft ersetzt, die langsam aber sicher den realen Boden unter den Füßen verlor.

Insofern ist es wichtig, wieder vermehrt auf dem Boden der Realität zu arbeiten und von Seiten der Politik nur die Dinge anzugehen, die volkswirtschaftlich vertretbar sind. Denn: was passiert bei der nächsten Herausforderung, die bereits nächsten Winter uns treffen kann? Ein weiterer Lockdown geht ganz einfach nicht, denn das wäre das Ende der Schweiz.

Was wir unbedingt korrigieren müssen ist folgende Tatsache:

Gäbe es nur noch ein Stück Brot, welches der Bundesrat mit der Schweiz teilen müsste, würde er sich selbst einmal 50% genehmigen, letztendlich gilt es ja, fit zu sein, um das Land zuführen. Weitere 49% würden von der Verwaltung gefressen, mit einer ähnlichen Begründung: es muss das umgesetzt werden, was der Bundesrat beschlossen hat. Das restliche Prozent gelangt dann tatsächlich an die Bevölkerung, die dann zur Solidarität in den schwierigen Zeiten aufgefordert wird....

Anders ausgedrückt: Beamtenbern würde sogar noch Passstrassen sperren lassen, wenn es niemanden mehr gäbe, der über die Passstrassen fahren könnte.